

Datum

9. September 2014

Gemeinsame Presseerklärung zum Gespräch zwischen Vertretern des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) und der Partei DIE LINKE

Erstmals haben sich heute Präsidiumsmitglieder des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) mit Vertretern der Parteispitze der LINKEN zu einem Gespräch im Berliner Karl-Liebknecht-Haus getroffen. Das gut zweistündige Gespräch war von wechselseitigem Respekt und Interesse geprägt. Gerade weil bislang nur wenige politische Gemeinsamkeiten festzustellen waren und in der Partei DIE LINKE der Anteil bekennender Christen sehr viel geringer als in den anderen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien ist, bewerteten beide Seiten das Gespräch als wertvollen Schritt.

„Es gehört zur politischen Kultur in einer parlamentarischen Demokratie, dass wir den Dialog mit Andersdenkenden suchen. Nicht zuletzt der 100. Deutsche Katholikentag, den wir 2016 in Leipzig, in einer der am stärksten säkularisierten Regionen Deutschlands, durchführen wollen, nimmt uns hier in die Pflicht“, betonte ZdK-Präsident Alois Glück.

„Auch wenn wir in gesellschaftspolitischen Fragen häufig anderer Meinung sind als die katholische Kirche, so erkennen wir bei allen politischen Differenzen und unterschiedlichen Anschauungen die gesellschaftsprägende Kraft der christlichen Kirchen und ihre alltägliche Arbeit an. Bei der Frage nach der Ablehnung von Waffengewalt und der friedlichen Lösung von Konflikten aber auch im Wirken für mehr soziale Gerechtigkeit gibt es Übereinstimmungen“, resümierte der Parteivorsitzende der LINKEN Bernd Riexinger.

Ein Schwerpunktthema des Gesprächs waren die Rolle, Bedeutung und Beiträge von Kirchen und Religionsgemeinschaften in Deutschland für das Gemeinwesen. Die ZdK-Vertreter plädierten dafür, an dem funktionierenden System der kooperativen Trennung von Staat und Kirche festzuhalten, da keine Alternative zu erkennen sei, die für die Gesellschaft nützlicher und dem Gemeinwohl zuträglicher wäre. Kritischen Anfragen an das gewachsene Staat-Kirchen-Verhältnis wolle man sich aber offensiv stellen. Unerlässlich sei aber das Bekenntnis zum Menschenrecht auf Religionsfreiheit in Deutschland wie weltweit und die Verurteilung religionsfeindlicher Tendenzen.

Seitens der LINKEN wurde insbesondere appelliert, dass die aus historischen Verpflichtungen resultierenden Staatsleistungen an die Kirchen zeitnah abgelöst werden sollten, wie es auch das Grundgesetz vorsehe.

Weitere Themen waren die bevorstehende Gesetzgebung zur organisierten Suizidbeihilfe und Fragen der Friedens-, Entwicklungs- und Flüchtlingspolitik, angesichts der zahlreichen Krisen weltweit. Beide Seiten äußerten sich abschließend zufrieden mit dem Verlauf des Gesprächs und bekräftigten, dass der Austausch auf Leitungsebene ein erster Schritt gewesen sei, um künftig in manchen Fachfragen besser miteinander im Gespräch sein zu können.

Pressemitteilung



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

An dem Gespräch nahmen teil:

Für das ZdK:

Präsident Alois Glück, Landtagspräsident a.D.

Vizepräsidentin Karin Kortmann, Parl. Staatssekretärin a.D.

Vizepräsidentin Dr. Claudia Lücking-Michel MdB

Vizepräsident Alois Wolf

Generalsekretär Dr. Stefan Vesper

Für die LINKE:

Vorsitzender Bernd Riexinger

stv. Vorsitzender Axel Troost MdB

stv. Vorsitzender Tobias Pflüger

Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn MdL

Katina Schubert, Mitglied des geschäftsführenden Parteivorstands

Dr. Gregor Gysi MdB, Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag

Bodo Ramelow MdL, Vorsitzender der Fraktionsvorsitzendenkonferenz

(Diese Pressemitteilung wird wortgleich von den Pressestellen der Partei DIE LINKE und des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) verbreitet.)

Pressestelle Hochkreuzallee 246, 53175 Bonn
Postfach 24 01 41, 53154 Bonn

Tel. +49. (0) 228. 38 297 - 28 **Fax** +49. (0) 228. 38 297 - 48
Mail presse@zdk.de **Web** www.zdk.de

Herausgeber
Dr. Stefan Vesper Generalsekretär

Redaktion
Theodor Bolzenius Pressesprecher